

ROLF VAN RADEN
**Zwischen Vorwurf und Vergessen:
Die Volksfront als politische
Konzeption.**

Rolf van Raden – Jg. 1980, Studium der Literaturwissenschaft, Theaterwissenschaft und Politikwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung. 2002-2003 Herausgeber der wöchentlich erscheinenden Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung (bsz) sowie AStA-Vorsitzender. Wissenschaftliche Schwerpunkte: Das Politische in Literatur und Theater, Diskurstheorie

„Wenn ich über die rede, meine ich aber nicht dieses merkwürdige, um nicht zu sagen: abartige Bündnis zwischen denen in der PDS, die Ressentiments schüren, um Wählerstimmen zu kassieren, und denen in der CDU, die sich davonschleichen von dem, was sie aus eigener Hand eigentlich mit beschlossen haben - davonschleichen, um Macht erhalten zu können. Wenn man diese neue Volksfront und ihren gnadenlosen Populismus sieht, dann kann einem wirklich übel werden.“
Gerhard Schröder auf dem SPD-Landesparteitag in Brandenburg, 14.08.2004

Es lag wohl in erster Linie am Sommerloch, dass ein schon fast vergessener historischer Begriff eine Renaissance in der deutschen Presselandschaft erleben konnte: Als Gerhard Schröder Mitte August 2004 auf dem Landesparteitag der Brandenburgischen SPD eine „neue Volksfront“ zwischen PDS und CDU in dem Widerstand gegen die Sozialreformen ausmachte, reagierte der deutsche Blätterwald mit einem kräftigen Rauschen: „Schröder haut auf den Tisch“, berichtete der Stern, und die Meldung vom „Wutausbruch des Kanzlers“ (AP) war in den folgenden Tagen in fast allen Zeitungen zu lesen. Schnell folgten Dementi von den Angegriffenen: Der „Volksfront-Vorwurf“ sei „völlig unpassend“ (Angela Merkel) und belebe „die Sprache des Kalten Krieges“ (Lothar Bisky). Außen vor blieb jedoch der eigentliche Stein des Anstoßes, nämlich der Begriff der Volksfront selbst und die nahe liegende Frage: In wiefern kann es eigentlich einen „Volksfront-Vorwurf“ geben?

Warum Gerhard Schröder für seinen Angriff gegen CDU und PDS auf einen Vokabular zurückgriff, das in erster Linie ein historisches Konzept im Kampf gegen den Nationalsozialismus bezeichnet, bleibt unklar: Es kann keineswegs in seinem Interesse gewesen sein, die Ziele der Volksfront, nämlich den Sturz des Hitler-Regimes, in die Nähe der Ziele einer angeblichen „neuen Volksfront“ zu rücken – dafür waren die „Schröder muss weg“-Transparente bei den wöchentlichen Protesten zu präsent.

Schröder konnte sich jedenfalls auf die Geschichtslosigkeit der bundesdeutschen Öffentlichkeit verlassen: Der „Volksfront-Vorwurf“ ging zumindest vorübergehend in den aktiven Wortschatz von JournalistInnen ein, Verbindungen zu den Debatten über die historische Volksfront-Konzeption wurden dagegen kaum gezogen. Grund genug, sich mit der historischen Volksfront, ihren Ursprüngen und ihren Folgen für die deutsche Politik differenziert auseinanderzusetzen. Dazu ist ein unverstellter Blick in die deutsche Geschichte nötig – beginnen wir unsere Beobachtungen im zerbombten Berlin, kurz nach dem Ende des zweiten Weltkrieges.

*„Wenn ich ein Trümmerland auch wieder fand,
Bist du es doch: mein Deutschland, Vaterland.
Fand ich dich auch verarmt und sterbensbleich,
Bist du es doch: Deutschland, mein Märchenreich.
Fand ich dich auch verhärmt und ohne Ruh,
Bist du es doch: Heimat und Mutter Du!
O Deutschland! Schlag von Deutschlands Fluch dich frei,
Daß ich dich segnen kann: Gesegnet sei!“¹*

„Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. [...] Das Wichtigste in der Taktik der Einheitsfront ist und bleibt die agitatorische und organisatorische Zusammenfassung der Arbeitermassen selbst.“
Thesen über die Taktik der Komintern, angenommen vom IV. Weltkongress der Komintern, Dezember 1922.

Als der Schriftsteller und spätere Kulturminister der DDR Johannes R. Becher im Jahr 1945 aus dem Moskauer Exil nach Berlin zurückkehrte und diese Zeilen verfasste, drückte er damit ein Nationalverständnis aus, das an klassische Kategorien wie Heimat und Muttererde anschließt. Sowohl im Sprachduktus als auch in den inhaltlichen Bezügen ist das Gedicht paradigmatisch für Bechers deutschlandpolitische Reden aus den Jahren 1945 und 1946.² In ihnen werden die Verheerungen eliminatorischer nationalsozialistischer Politik nicht in erster Linie als deutsche Vergehen gegen die Bevölkerungen anderer Länder und gegen Minderheiten innerhalb des Deutschen Reiches verstanden, sondern als „ungeheuerliche Verbrechen, wie sie von seiten der Nazikriegsverbrecher gegen uns, das deutsche Volk, begangen wurden“.

Die argumentative Abspaltung der nationalsozialistischen Bewegung von der deutschen Mehrheitsgesellschaft geht sogar so weit, dass die deutschen Nationalsozialisten für Becher zu den „schlimmsten Deutschlandfeinden der Geschichte“³ wurden. Deutschland selbst bleibt jedoch das besungene Märchenreich, dass von dem undeutschen Fluch des Nationalsozialismus befreit werden musste. Nahezu spiegelbildlich reagiert Becher auf die NS-Propaganda: Nicht mehr die Juden und Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten selbst sind die Feinde des integren und guten „deutschen Volkes“.

Diese Argumentation erscheint um so bemerkenswerter, wenn sie mit Äußerungen Bechers vor der Machtübergabe an Hitler konfrontiert wird. Im Zuge der Wahl zum Reichspräsidenten 1932 hatte Heinrich Mann eine gemeinsame Bewegung der deutschen Schriftsteller verschiedener politischer Lager gegen den Nationalsozialismus befürwortet. Darauf reagierte Johannes R. Becher mit einem offenen Brief in der von ihm herausgegebenen „Linkskurve“ erbot: Heinrich Mann agitiere mit seiner „Verkündung der Überparteilichkeit [...] für die faschistische 'Volksgemeinschaft'“⁴.

1 Becher, Johannes R.: Deutsches Bekenntnis. Fünf Reden zu Deutschlands Erneuerung. Berlin 1946, S. 3.

2 Vgl. z.B. die Reden „Deutsches Bekenntnis“ und „Deutschland klagt an!“, ebd. S. 24ff u. 47ff.

3 Ebd., S.47

4 Becher, Johannes R.: Vom „Untertan“ zum Untertan, Offener Brief an Heinrich Mann. Zitiert nach: Lankau-Alex, Ursula: Volksfront für Deutschland? Band 1, Vorgeschichte

„Die Sozialdemokratie ist objektiv der gemäßigte Flügel des Faschismus. Es liegt kein Grund zur Annahme vor, die Kampforganisationen der Bourgeoisie könnte[n] ohne aktive Unterstützung der Sozialdemokratie entscheidende Erfolge [...] erzielen [...]. Diese Organisationen schließen einander nicht aus, sondern ergänzen einander. Das sind keine Antipoden, sondern Zwillingbrüder.“

Josef W. Stalin: *Zur internationalen Lage, 1924.*

Die beiden Autoren wurden in ihren kulturellen und politischen Biographien immer wieder miteinander konfrontiert. Allerdings vollzog sich in ihrer Beziehung eine bemerkenswerte Wende. Gemeinsam sollten sie später zu den führenden intellektuellen Köpfen einer neuartigen Strategie im Kampf gegen den Nationalsozialismus werden: Der Volksfront.

Einheitsfrontstrategie und Sozialfaschismustheorie

Eine solch widersprüchliche Verflechtung von Biographien wird erklärbarer durch die nähere Betrachtung der verschiedenen Strategien und Doktrinen, mit denen die kommunistische Bewegung die Revolution in Westeuropa herbeiführen und den Kampf gegen den Faschismus gewinnen wollte. Als sich nach der russischen Oktoberrevolution schnelle revolutionäre Erfolge in anderen Ländern nicht abzeichneten, wurde das Bedürfnis der Kommunisten nach Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften zunächst größer. Auf dem IV. Weltkongress der Komintern im Jahr 1922 wurde die „Taktik der Einheitsfront [...] zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie“⁵ verkündet. Zu einer längerfristigen Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kam es aber nicht. Das Misstrauen der sozialdemokratischen Funktionäre wurde durch Äußerungen Stalins weiter genährt, der schon 1924 die Sozialdemokratie als den „gemäßigten Flügel des Faschismus“⁶ und dessen Zwillingbruder bezeichnete. Spätestens im Jahr 1929 wurde die Sozialfaschismustheorie für die KPD verbindlich, als das Exekutivkomitee der Komintern beschloss, „den Kampf gegen die Sozialdemokratie, diese wichtigste Stütze des Kapitalismus zu verstärken“⁷.

Den Entwicklungen der Jahre 1932 und 1933 stand die KPD auch deshalb isoliert und ohne wirkungsvolle Konzepte gegenüber, weil sie den Einfluss der NSDAP unterschätzte und so von der Machtübergabe an Hitler überrascht wurde. Erneute Einheitsfrontangebote der KPD wurden auch nach dem 30. Januar 1933 von der SPD abgelehnt, so dass es nicht zu einem Generalstreik gegen die neue Hitler-Regierung kam.

Das Konzept der Volksfront

Nachdem ein Großteil der politischen Opposition aus Deutschland geflohen war, bildeten sich im Exil neue Ansätze der antifaschistischen Kooperation. Besonders Paris, das sich zu

und Gründung des „Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront“, 1933-1936. Frankfurt/Main 1977, S. 33.

- 5 Thesen über die Taktik der Kommunistischen Internationale, angenommen vom Vierten Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Dezember 1922. Zitiert nach: Wegmüller, Jürg: *Das Experiment der Volksfront. Untersuchungen zur Taktik der Kommunistischen Internationale der Jahre 1934 bis 1938.* Bern 1972, S. 13.
- 6 Stalin, Josef W.: *Zur internationalen Lage.* Zitiert nach: Wegmüller 1972, S. 18.
- 7 Resolution des X. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern. Zitiert nach: Ebd., S. 16.

einem Zentrum des deutschen Exils entwickelte, wurde in dieser Hinsicht bedeutsam: In Frankreich hatten unter dem Eindruck eines drohenden Staatsstreiches französische Sozialisten und Kommunisten schon im Februar 1934 zu der gemeinsamen Aktionsform des Generalstreiks gefunden. Die Kontakte zwischen SPF und KPF intensivierten sich besonders auf Ortsgruppenebene, so dass im Juli die Sozialistische Partei einem von den Kommunisten ausgearbeiteten Einheitsfront-Abkommen zustimmte.⁸ Die Zielrichtung unterschied sich aber in einem gravierenden Punkt von den deutschen Einheitsfront-Versuchen aus der Weimarer Republik. Maurice Thorez, Generalsekretär der KPF, erklärte auf der Landeskonferenz der französischen Kommunisten: Das Bündnis sollte die „Verteidigung der demokratischen Freiheiten“ anerkennen und „verhindern, dass die Kommunalbeamten, die Staatsbeamten, die Mittelklassen [...] vom Faschismus gewonnen werden“.⁹

Eine Einbeziehung nicht nur der Sozialdemokratie, sondern auch der bürgerlichen Schichten in den antifaschistischen Kampf war neu und widersprach dem von der Komintern vertretenen Standpunkt, dass sowohl die Sozialdemokratie als auch das Bürgertum quasi aus ihrer sozialen Natur heraus die Träger des Faschismus seien. Gleichwohl vollzog die KPF diese Politik mit Rückendeckung der Sowjetführung, die sich mit Frankreich in Verhandlungen über einen Bündnisvertrag befand, der im Mai 1935 abgeschlossen wurde.¹⁰

Unter dem Eindruck dieser französischen Entwicklungen fand in Paris im Juni 1935 der „1. Internationale Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur“ statt, der von Johannes R. Becher maßgeblich mit vorbereitet wurde.¹¹ In dessen Rahmen hielt die Internationale Arbeiterhilfe (IAH) eine Solidaritätstagung ab, an der über 60.000 Menschen teilnahmen.¹² Hier wurde ein „Apell an alle deutschen Organisationen, die für Frieden und Freiheit kämpfen“¹³ veröffentlicht, der auch von den deutschen Kommunisten die Teilhabe an einer Volksfront forderte.

Schon in diesem Aufruf sind jene Topoi enthalten, auf die sich Johannes R. Becher nach der Rückkehr aus seinem Moskauer Exil bezieht: Das „deutsche Volk“ ist vom Nationalsozialismus „versklavt und gefoltert“. Daraus ergibt sich der logische Schluss, dass sich das „deutsche Volk“ geschlossen gegen den Faschismus wehren müsse.

8 Vgl. ebd., S. 46ff.

9 Thorez, Maurice: Schlussbericht der Landeskonferenz der KPF, verlesen am 26. Juni 1934. Zitiert nach: Ebd., S. 52.

10 Vgl. Wehner, Jens: Kulturpolitik und Volksfront. Ein Beitrag zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949. Frankfurt/Main 1992, Bd. 1, S. 29f.

11 Hierzu und zu Bechers Rede auf dem Kongress vgl. ebd. S. 35f.

12 Vgl. Lankau-Alex 1977, S. 79.

13 Beschluss der 7. Solidaritätstagung der IAH am 23. Juni 1935: Einheitsfront gegen Hitler – Apell an alle deutschen Organisationen, die für Frieden und Freiheit kämpfen. Zitiert nach: ebd.

„Aber die Verkündung der Überparteilichkeit bedeutet nicht nur Ihren Tod als Denker und Dichter, sondern Sie agitieren damit zugleich für die faschistische 'Volksgemeinschaft'. Daß Sie den Faschismus in anderen Formen herbeiwünschen als Hitler ist unerheblich.“

Johannes R. Becher,
Vom „Untertan“ zum
Untertan, Offener Brief
an Heinrich
Mann, 1932.

Auf dem 7. Weltkongress der Komintern wurde im Juli 1935 die Volksfrontpolitik zur offiziellen Linie erklärt. So musste Wilhelm Pieck für die KPD einräumen, dass ein „ebenso großer Fehler wie die Unterschätzung der faschistischen Gefahr [...] andererseits die Tatsache [war], dass man den Faschismus sogar dort sah, wo er gar nicht existierte.“¹⁴

Unmittelbar nach dem Weltkongress, im August 1935, trat in Paris ein von dem deutschen Kommunisten Willi Münzenberg initiiertes „Vorbereitender Ausschuss für die Schaffung einer Deutschen Volksfront“ zusammen, zu dessen Vorsitzenden Heinrich Mann gewählt wurde. Jedoch führten ideologische Unterschiede zu einer immer größeren Polarisierung, die letztendlich zur Spaltung des Ausschusses führte. Parallel zu diesem Prozess änderte die UdSSR ihre außenpolitische Strategie, indem sie Geheimverhandlungen mit dem Deutschen Reich aufnahm. Das Ergebnis war der Abschluss des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes im August 1939. Diese Entwicklungen führten dazu, dass die Volksfront-Bestrebungen von Seiten der deutschen Kommunisten vorerst fast vollständig zum Erliegen kamen, obwohl das Ziel offiziell nicht aufgegeben wurde.

Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“

Nachdem im Juni 1941 das Deutsche Reich mit dem Überfall auf die Sowjetunion den Nichtangriffspakt gebrochen hatte, war die Idee der Volksfront gegen Hitler wieder ein probates Mittel im Sinne der sowjetischen Außenpolitik und Kriegsführung. Ein Höhepunkt dieser neuen Volksfront-Bestrebungen war die Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (NKFD) in Krasnogorsk bei Moskau im Juli 1943. In dem Komitee organisierten sich kriegsgefangene Offiziere und Soldaten der Wehrmacht, aber auch deutsche Exilkommunisten in Russland.

Die Exilkommunisten und Schriftsteller waren unter den Gründungsmitgliedern des NKFD zwar gegenüber den Wehrmachtsoffizieren und Soldaten in der Minderheit, übten aber eine wichtige Scharnierfunktion zwischen der Sowjetführung und den Kriegsgefangenen aus. Das Gründungsmanifest wurde von den deutschen Kommunisten Alfred Kurella und Rudolf Herrnstadt verfasst. Unterzeichner waren neben 22 Wehrmachtsangehörigen die ehemaligen KPD-Reichtagsabgeordneten Wilhelm Florin, Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck sowie kommunistische Intellektuelle wie Johannes R. Becher und Erich Weinert, der zum Präsidenten des Komitees gewählt wurde.¹⁵

Das Manifest verortet die Bildung des NKFD in einer „Stunde höchster Gefahr für Deutschlands Bestand und

14 Pieck, Wilhelm: Warum konnte der Faschismus in Deutschland siegen? Zitiert nach: Wegmüller 1972, S.66.

15 Vgl. Manifest des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ an die Wehrmacht und an das deutsche Volk. In: Scheurig, Bodo (Hg.): Verrat hinter Stacheldraht? Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere in der Sowjetunion 1943.1945. München 1965, S. 77ff. Die folgenden Zitate ebd.

„Nun, wir Kommunisten bekräftigen, dass es im Interesse des revolutionären Proletariats liegt, die Verteidigung der demokratischen Freiheiten anzuerkennen. [...] Wir wollen verhindern, dass die Kommunalbeamten, die Staatsbeamten, die Mittelklassen – Kleinhändler und Handwerker – und die Masse der arbeitenden Bauern vom Faschismus gewonnen werden.“
Thorez, Maurice:
Schlussbericht der Landeskonferenz der KPF, verlesen am 26. Juni 1934.

Zukunft“ und weist auf die aussichtslose militärische Lage hin. Deutlich ist auch, wer dafür verantwortlich gemacht wird: „Hitler allein trägt die Verantwortung für diese Niederlagen.“ Die Personalisierung des Nationalsozialismus auf Hitler und eine kleine Führungselite wird verbunden mit der Forderung nach „einer wahrhaft deutschen Regierung“, welche „stark sein und über die nötigen Machtmittel verfügen“ muss, um nach dem Sturz Hitlers „die Feinde des Volkes [...] unschädlich zu machen, mit Terror und Korruption rücksichtslos aufzuräumen, eine feste Ordnung zu schaffen und Deutschland nach außen würdig zu vertreten.“

Bei einem solchen patriotisch begründeten Umsturz müssten „die volks- und vaterlandtreuen Kräfte eine entscheidende Rolle spielen“. Neben der Forderung nach einer „starke[n] demokratische[n] Staatsmacht“, der Beseitigung der Sondergesetze, der Wiederherstellung von Freiheitsrechten und der sofortigen „Befreiung und Entschädigung aller Opfer des Hitlerregimes“ verlangt das Manifest: „Gerechtes, schonungsloses Gericht über die Kriegsverbrecher, [...] Amnestie jedoch für alle Hitleranhänger, die sich rechtzeitig durch ihre Taten von Hitler lossagten und der Bewegung für ein freies Deutschland anschließen.“

In dem Gründungsmanifest ist nicht von dem Kampf gegen eine nationalsozialistische Ideologie, sondern lediglich von einem „Hitlerregime“ sowie von „Hitleranhängern“ und „Hintermännern“ die Rede. Damit folgen die Autoren und Unterzeichner der 1935 auf dem 7. Weltkongress der Kommunistischen Internationale verkündeten Doktrin Georgi Dimitroffs, dass der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹⁶ sei, blenden aber völlig aus, dass es sich bei dem Nationalsozialismus um eine Massenbewegung gehandelt hat, die mit ihren Organisationen inzwischen fest in die Alltagswelt der deutschen Bevölkerung eingebunden war.

Die KPD in den Jahren 1945-1946

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 schlossen die deutschen Kommunisten nahtlos an die in den letzten Jahren praktizierte Volksfrontideologie an. In dem ersten KPD-Aufruf nach Kriegsende wird zur Schuldfrage erklärt: „Die Schuld und Verantwortung tragen die gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher, die Schuld am Kriege tragen. Es sind die Hitler und Göring, Himmler und Goebbels, die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens. Eindeutig ist diese Schuld.“¹⁷

16 Dimitroff, Georgi: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften. Leipzig 1982, S. 50.

17 Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945. In: Berthold, Lothar u. Diehl, Ernst (Hg.):

„Ein ebenso großer Fehler wie die Unterschätzung der faschistischen Gefahr war andererseits die Tatsache, dass man den Faschismus sogar dort sah, wo er gar nicht existierte.“

Wilhelm Pieck: Warum konnte der Faschismus in Deutschland siegen? Rede auf dem VII. Weltkongress der Komintern, 1935.

Zwar räumt der Aufruf weiter unten ein, dass „das deutsche Volk einen bedeutenden Teil Mitschuld und Mitverantwortung für den Krieg und seine Folgen trägt“, weil 10 Millionen Deutsche 1932 bei den Reichstagswahlen „für Hitler stimmten“ und weil viele „deutsche Männer und Frauen [...] willenlos und widerstandslos zusahen, wie Hitler die Macht an sich riß“. Als Ursache dafür, dass die „Nazidemagogie [...] den Organismus des Volkes verseuchen konnte“, wird die „Spaltung des werktätigen Volkes“ ausgemacht: „Gegen den Willen eines geeinten und kampfbereiten Volkes hätte Hitler niemals die Macht ergreifen, sie festigen und seinen verbrecherischen Krieg führen können.“

Somit wird die vorher geäußerte Feststellung, das „deutsche Volk“ trage eine Mitschuld an den Verbrechen des Dritten Reiches, gewissermaßen in ihr Gegenteil gekehrt: Schuld sind die Deutschen nur insofern, als dass sie eben nicht wie ein gesunder Volkskörper geschlossen handelten. Nach wie vor kommt die nationalsozialistische Bedrohung in dieser Vorstellung von außen und mitnichten aus der Mitte der Gesellschaft. Eindringen kann sie wie eine Seuche in das „Volk“, weil es in der Weimarer Republik krank und schwach ist, unter anderem weil die sozialdemokratische „Ablehnung der antifaschistischen Einheitsfront die Kraft des Volkes lähmte“.

Konsequenterweise ist im Aufruf auch nicht vom Nationalsozialismus, sondern vom „Hitlerismus“ die Rede: Das Dritte Reich wird weniger als politisches Projekt mit historischen Vorläufern und gesellschaftlichen Anknüpfungspunkten begriffen, sondern vielmehr als das Werk einiger „gewissenlosen Verbrecher“. Durch Personalisierung und Entideologisierung wird in den Stellungnahmen des NKFD und auch der KPD der Nationalsozialismus vom deutschen Patriotismus getrennt. Mit der Rede von einem homogenen Volkskörper, der idealtypisch ein gesunder Organismus ist und durch Krankheiten und Seuchen geschwächt werden kann, knüpft der Aufruf an einen biopolitischen Diskurs an, dessen letzte Konsequenz die Säuberung des Volkskörpers, vielleicht auch eine quasi-medizinische Operation oder Amputation schädlicher Teile sein könnte.¹⁸ So ist es nicht verwunderlich, dass es besonders aus den Reihen der im Dritten Reich rassistisch und antisemitisch Verfolgten gewisse Vorbehalte gegenüber der KPD gab. Im Gegensatz zu der jüdischen Emigration, die sich in weiten Teilen keinesfalls positiv auf Deutschland bezog, gab es weder unter den emigrierten moskautreuen Kommunisten, noch in den 1945 wiederbelebten innerdeutschen Parteigliederungen, einen nennenswerten kritischen Umgang mit dem positiven Bezug auf das „deutsche

Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Berlin 1967, alle Zitate S. 191ff.

18 Hier und im folgenden wird der Begriff Biopolitik im Sinne Michel Foucaults verwendet. vgl. Foucault, Michel: In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975-76). Frankfurt/Main 1999.

„[Johannes R. Bechers Artikel] stinkt vor Nationalismus. Wieder wird der Nationalismus der [sic!] Hitler ganz naiv akzeptiert; Hitler hatte nur den falschen, Becher hat den richtigen. [...] Er fordert, daß die 'Schwächen der sogenannten linksgerichteten Literatur' überwunden werden, und diese Schwächen sind wohl gerade die Linksgerichtetheit. Ein entsetzlich opportunistischer Quark, Reformismus des Nationalismus.“

Bertolt Brecht, Notiz im *Arbeitsjournal*, 1943.

Volk“ und die „deutsche Nation“.¹⁹

Die nationale Propaganda in der SBZ und der DDR

Nach 1945 bezogen sich die KPD und später die SED weiter auf den Begriff des „schaffenden“ bzw. „werktätigen Volkes“, der auch schon in der kommunistischen Propaganda der Exil-KPD während des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle spielte. Durch diesen Doppelbegriff wurde eine Engführung und Überlagerung der marxistischen Theorien mit einem ethisch-national verstandenen Volksbegriff möglich.²⁰ Gleichzeitig legt der Begriff nahe, dass es zum „schaffenden Volk“ einen raffenden Gegenpart gibt, nämlich die Gruppe der Monopolkapitalisten.

Als sich noch im Juli 1945 die „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ konstituierte, übernimmt die Gründungserklärung im wesentlichen von der KPD die Vorstellungen in Bezug auf die Schuldfrage am Weltkrieg. Der Gesundungsprozess des deutschen Volkskörpers sollte jedoch nicht durch radikale biopolitische Eingriffe, sondern zunächst organisatorisch-mental erfolgen: „Nur durch einen grundlegenden Umschwung im Leben und im Denken unseres ganzen Volkes, nur durch Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung ist es möglich, die Nation zu retten.“²¹

In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg ließen sich in allen Ostblockstaaten Tendenzen zur nationalen Propaganda feststellen. Aufgrund der Existenz der Bundesrepublik konnte sich die DDR jedoch nicht selbstverständlich auf ein eigenes „Volk“ und eine „Nation“ berufen. Dieses Defizit sollte durch die um so deutlichere nationale Propaganda ausgeglichen werden. Der positive Bezug auf das „deutsche Volk“ und die „deutsche Nation“ wird auch in der Bezeichnung der neuen Organisationen und Institutionen klar. Neben dem „Volkskongress“, dem „Volksrat“ und der „Volkskammer“ stellt die „Nationale Front“ nicht nur vom Begriff her eine Anlehnung an das Konzept der Volksfront dar. In einer Entschließung erklärte der SED-Parteivorstand unmittelbar vor der offiziellen Gründung der DDR, das „ganze Deutsche Volk“

19 Ausnahmen finden sich z.B. in der mexikanischen KPD-Gruppe und bei den Schriftstellern Franz Carl Weiskopf und Hans Lorbeer. Vgl. Schmidt, Birgit: Zwischen Exil und Vaterland. In: *Jungle World* Nr. 50/1999, S.17ff. sowie Dies.: Wenn die Partei das Volk entdeckt. Anna Seghers, Bodo Uhse, Ludwig Renn u.a. Ein kritischer Beitrag zur Volksfrontideologie und ihrer Literatur. Münster 2002.

20 Vgl. z.B.: An das werktätige deutsche Volk! Manifest der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Dezember 1935. In: Berthold, Lothar und Diehl, Ernst. (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus. Berlin 1967, S. 155ff. sowie: Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR. Hamburg 2002, S.360.

21 Gründungserklärung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ vom 14. Juli 1945. In: *Parteihochschule „Karl Marx“* beim ZK der SED (Hg.): Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick. Berlin 1984, S. 13.

„Ich wünschte wirklich, daß nie mehr gesprochen oder geschrieben werde vom 'deutschen Menschen' (lies: 'doid-schen'), daß wir nicht diese Eigenschaften jedem von uns zuzuschreiben haben! Alle diese Redensarten einer pffiffigen Salesmanship von 'deutscher Wissenschaft', 'deutschem Gemüt', 'deutscher Kultur' führen unhinderbar dann zu diesen 'deutschen Schandtaten'. Gerade wir sind die Rasse, die den Anfang damit machen sollten, unser Land das Land Nummer 11 zu nennen und basta. Das Land muß sich nicht als Nation emanzipieren, sondern als Volk, genauer als Arbeiterschaft.“

Bertolt Brecht, Notiz im Arbeitsjournal, 1943.

sei von der „Gefahr der nationalen Vernichtung“ bedroht, wogegen die „Nationale Front“ eine Plattform darstelle, „auf deren Grundlage sich alle patriotischen Kräfte für den gemeinsamen Kampf verständigen können“²².

Wie auch schon die Partizipation an der antifaschistischen Volksfront forderte der Anschluss an die Nationale Front „von keiner Partei, Organisation oder Persönlichkeit die Preisgabe ihrer politischen Ansichten oder Weltanschauung“. Und im Versuch der Wiederherstellung eines gesunden Volkskörpers geht die SED sogar noch weiter: Sie ist „zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Naziartei, ehemaligen Offizieren, [...] und [...] Unternehmen“.

Die existenzbedrohende Gefahr für die „deutsche Nation“ stellt in dieser Vorstellung nicht mehr in erster Linie der „Nazismus-Chauvinismus und Militarismus“ dar, der „keineswegs schon ausgerottet“ ist, sondern vor allem eine andere Bedrohung, die auf Deutschland nun von außen einwirkt: Es ist die „Politik der Zerreißung Deutschlands“, welche vor allem vom imperialistischen „anglo-amerikanischen [n] Block“ vorangetrieben wird.

So finden sich in der Entschließung zur Nationalen Front aus dem Oktober 1949 all jene Topoi, die in der DDR-Propaganda gegen die Westintegration in den folgenden Jahren bestimmend sein sollten: Es wird aufgerufen, „den Kampf zu organisieren gegen die nationale Unterdrückung der Bevölkerung Westdeutschlands“, welches imperialistisch besetzt sei. Es ist sogar die Rede von der „Kolonisierung Westdeutschlands“ zur Vorbereitung eines Krieges gegen die sozialistischen Staaten. Dabei wird wieder auf das biopolitische Modell des Staatsgebildes als Organismus zurückgegriffen: Das Ruhrgebiet, „das Herz der deutschen Industrie, wurde aus dem deutschen Wirtschaftskörper herausgerissen“, um es in eine „Waffenschmiede“ zu verwandeln.

Eine zweite Front ist der nationale Kulturkampf: Im Sinne des Imperialismus würden die „Grundlagen der deutschen nationalen Kultur untergraben [...] und [...] durch den Radau sogenannter Jazzkapellen verdrängt“. Gleichzeitig werde „in Deutschland die antinationale unwissenschaftliche Theorie des Kosmopolitismus [...] verbreitet“, was „zur Unterdrückung und Vernichtung der nationalen Würde des deutschen Volkes, zur Liquidierung des Widerstandes der deutschen Nation gegen die amerikanischen imperialistischen Sklavenherren führen“ solle.

Obwohl die Argumentation mit dem Lob des eigenen Erbes und der Degradierung angeblich primitiver amerikanisch-kosmopolitischer Einflüsse eine typisch nationalistische ist, wird in der Diktion zwischen einem positiv besetzten Patriotismus und einem negativen Nationalismus unterschieden.

22 Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Entschließung des Parteivorstandes vom 4. Oktober 1949. In: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (Hg.): Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin 1951, Band 2, alle Zitate S. 356ff.

„Von jenem Lande,
dessen Boden zu
betreten
Man uns verwehrt
(man kann uns nicht
verwehren
In seiner Sprache noch
zu reden)
Sprichst du wie der,
den Lieb und Haß
verzehren
Weil bei Geliebten ihn
durch abgefeimte
Künste
Ein Nebenbuhler listig
ausgestochen.“
*Bertolt Brecht, An
einen befreundeten
Dichter, 1943.*

Der Nationalismus, der in der Tradition des NS-Staates steht, ist sogar kompatibel mit den Interessen der amerikanischen Unterdrücker, weil die „volksfremden Elemente im westdeutschen Separatstaat die nationalistische und chauvinistische Verhetzung der Volksmassen [fördern], um sie auf ihre Landsknechtrolle für den amerikanischen Imperialismus vorzubereiten.“

Eine solche nationalistische Propaganda, die sich selbst gegen einen angeblich falschen Nationalismus wendet, war in dieser Intensität einmalig in den sich formierenden Ostblock-Staaten. Dabei stellt die untersuchte Entschließung keine Ausnahme dar, im Gegenteil werden die skizzierten Vorstellungen mit den verbalen Versatzstücken der „Zerreißung Deutschlands“, der „nationalen Versklavung“, der „Kolonisierung Westdeutschlands“ und sogar der „Vernichtungspolitik gegen das Deutsche Volk“ auch in anderen SED-Stellungnahmen durchdekliniert.²³ In der theoretischen Parteizeitschrift „Einheit“ stellt die SED sogar fest, der 1952 geschlossene Generalvertrag, mit dem in Westdeutschland das Besatzungsregime beendet wurde und die Bundesrepublik eine eingeschränkte Souveränität erhielt, sei „tausendfach schlimmer als der Versailler Schandvertrag“. Er würde „die Deutschen zum rechtlosen Freiwild für jeden X-beliebigen Besatzungsoffizier erklären“ und endgültig „das Maß der nationalen Knebelung, Knechtung und Demütigung voll“ machen.²⁴

Bertolt Brecht und die Frage nach der „deutschen Nation“

Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Deutung des Nationalsozialismus und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die angestrebte Beschaffenheit eines neuen, besseren Deutschlands fand in der DDR nicht statt. Um dennoch Stellungnahmen zum Nationalismus in der frühen DDR zu vernehmen, muss sich der Blick aus dem öffentlichen Raum in einen mehr privaten wenden. Im November 1952 veröffentlichte der Schriftsteller Wolfgang Weyrauch in der Stuttgarter Zeitschrift „Die Literatur“ 13 Fragen an Bertolt Brecht, von dem eine ein Lied Johannes R. Bechers in die Nähe zur nationalsozialistischen Kampfliteratur rückte. Bezeichnenderweise schickte Brecht seine Antwort auf die Fragen nicht ab. Ein Ausdruck der öffentlichen Sprachlosigkeit zum Thema ist wohl der Entwurf seiner knappen Entgegnung, in der er die Frage im Wesentlichen verneinend wiederholt.²⁵

Neun Jahre zuvor, im amerikanischen Exil, äußerte sich

23 Vgl. z.B. Gegen die Zerreißung Deutschlands. Entschließung des Parteivorstandes vom 13. Mai 1948 sowie: Es lebe der Kampf um einen gerechten Frieden. Manifest der Parteikonferenz vom 25.-28. Januar 1949. Beide in: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1951, S. 13 und S. 177f.

24 Der Generalkriegsvertrag und der Kampf des deutschen Volkes um Frieden Und Einheit. In: Einheit, Nr. 3/1953. Zitiert nach: Haury 2002, S. 362.

25 Vgl. Apell an die Vernunft. In: Brecht, Bertolt: Gesammelte Werke, Band 19. Schriften zur Literatur und Kunst 2. Frankfurt/Main 1967, S. 497f.

„Auch die Grundlagen der deutschen nationalen Kultur werden untergraben. [...] Die klassische deutsche Musik und die Musik anderer Völker wird durch den Radau sogenannter Jazzkapellen verdrängt. Das jahrhundertalte, hochentwickelte deutsche Kulturerbe soll zerstört werden. Gleichzeitig wird in Deutschland die antinationale unwissenschaftliche Theorie des Kosmopolitismus, des Weltbürgertums, der 'Vereinigten Staaten von Europa' verbreitet. Dies soll zur Unterdrückung und Vernichtung der nationalen Würde des deutschen Volkes, zur Liquidierung des Widerstandes der deutschen Nation gegen die amerikanischen imperialistischen Sklavenherren führen. Die Verteidiger der Idee der Weltherrschaft der USA wollen das Nationalgefühl und die Würde des deutschen Volkes in den Schmutz treten, des Volkes, das Luther und Münzer, Schiller und Goethe, Bach und Beethoven, Hegel und Fichte, Humboldt und Virchow, Marx und Engels, Bebel und Thälmann hervorgebracht hat.“
Entschließung des SED-Parteivorstandes vom 4. Oktober 1949.

Brecht in seinem – allerdings ebenfalls privaten – Arbeitsjournal deutlicher zu einem Artikel, den Becher 1943 unter dem Titel „Deutsche Lehre“ in der Zeitschrift „Internationale Literatur“ veröffentlicht hatte: Bechers Beitrag, so Brecht, „stinkt vor Nationalismus. [...] Hitler hatte nur den falschen, Becher hat den richtigen. [...] 'Geschaffen' muß werden ein 'Typus' einer 'neuen deutschen Nationalliteratur'. (Literatur wird in diesem Sinne eine nationale sein, oder sie wird nicht sein.) [...] Ein entsetzlich opportunistischer Quark, Reformismus des Nationalismus.“²⁶

Aus der Zeit nach seiner Rückkehr aus dem Exil nach Ost-Berlin sind von Brecht keine ähnlichen Notizen bekannt. Im Gegenteil näherte sich der Autor in seinen kulturpolitischen Aktivitäten inhaltlich den offiziellen Positionen an, ohne dabei jedoch in eine klerikal verklärte nationalistische Schwärmerei vom Stile Johannes R. Bechers zu verfallen. Auf dem „Gesamtdeutschen Kulturkongress“ im Mai 1951 in Leipzig machte sich Brecht, nahezu wortgleich eine Position zu eigen, die er im Jahr 1943 noch kritisierte: „Die Losung der Klassik gilt noch immer: Wir werden ein nationales Theater haben oder keines.“²⁷

Der Versuch, Aussagen über die persönlichen Beweggründe und Ursachen für die sich ändernde Position Brechts zu treffen, wäre spekulativ. Unabhängig davon lässt sich am Fall Brecht genauso wie an den zuvor beschriebenen Entwicklungen nachvollziehen, wie sich innerhalb der deutschsprachigen kommunistischen Bewegung die Rede von der Nation als Herrschaftsdiskurs durchsetzte und nach der Gründung der DDR als einem „sozialistischem Staat auf deutschem Boden“ nahezu unwidersprochen hingenommen und unterstützt wurde.

Fazit

Welche Bedeutung haben diese Erkenntnisse für die Bewertung politischer Praxis heute? Die taktische Wendung von der Sozialfaschismustheorie, in der fast jeder ein Faschist war, hin zu einer Volksfrontideologie, in der – überspitzt dargestellt – fast niemand mehr ein Faschist war, erlaubte den deutschen Kommunisten ab 1935, ihren Zuständigkeitsbereich zu erweitern: Von nun an konnten sie sich nicht nur als Avantgarde der Arbeiterklasse, sondern auch als Speerspitze eines „deutschen Volkes“ begreifen, welches nicht selbst Träger des Faschismus war, sondern von Hitler versklavt wurde. Durch die Neuorientierung auf die Volksfrontstrategie, die schon 10 Jahre vor Kriegsende stattfand, war es sowohl im antifaschistischen Widerstand als auch nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft möglich, zum Aufbau eines neuen, besseren Deutschlands auf all jene zurückzugreifen, die nicht zur nationalsozialistischen Führungselite, ihren direkten „Anhängern“, „Hintermännern“

26 Brecht, Bertolt: Arbeitsjournal, Zweiter Band 1942 bis 1955. Frankfurt/Main 1973, S.641.

27 Brecht, Bertolt: Theater im Geiste des Fortschritts. Einige Bemerkungen über mein Fach. In: Ebd., Band 16, Schriften zum Theater 2, S. 723.

„In der Stunde der das ganze Deutsche Volk bedrohenden Gefahr der nationalen Vernichtung vereint uns ein gemeinsames großes Ziel: die Rettung der deutschen Nation. Es ist notwendig, eine gemeinsame Plattform [...] auszuarbeiten, auf deren Grundlage sich alle patriotischen Kräfte für den gemeinsamen Kampf verständigen können. [...] Wir sind zur Zusammenarbeit mit allen deutschen Patrioten bereit, darunter auch mit früheren Mitgliedern der Nazipartei, ehemaligen Offizieren, kleineren und mittleren Unternehmen und dem Teil der Großbourgeoisie in Westdeutschland, dem die Interessen Deutschlands am Herzen liegen und der bereit ist, die Bestrebungen des deutschen Volkes zur Wiederherstellung seiner Einheit und Unabhängigkeit zu unterstützen.“
Entschließung des SED-Parteivorstandes vom 4. Oktober 1949.

und „Helfern“ gehörten.

Nicht wegen, sondern trotz des unhistorischen Volksfront-Vergleiches Gerhard Schröders muss es daher nachdenklich stimmen, wenn im Zuge der Proteste gegen die Sozialabbau-Pläne der Bundesregierung der Bezug auf das kollektive „Volk“ von linken Bündnissen und Parteien wieder in den Mittelpunkt einer politischen Auseinandersetzung gestellt wird.

In der historischen Volksfront hatte die verkürzte Faschismusanalyse im Sinne der Dimitroffschen Doktrin vereint mit einer biopolitischen Diktion zur Folge, dass bestimmte Idiologeme, die ihre Bedeutung auch im Nationalsozialismus hatten, Einzug in die Vorstellungswelt der deutschen Kommunisten erhalten konnten. Die Rede von einem guten Patriotismus der Arbeiterbewegung auf der einen und einem schlechten, in Wirklichkeit antinationalen Nationalismus in NS-Tradition auf der anderen Seite war eine Konsequenz der Überlagerung des marxistisch-sozialistischen und eines nationalen Diskurses, welche zunächst in der Volksfrontideologie vorgenommen wurde und später zur Legitimierung der DDR diente. Eine solche Vorstellung ließ es zu, dass in der DDR mit Mustern gegen den anglo-amerikanischen, kosmopolitischen und imperialistischen Klassen- und Volksfeind agitiert wurde, mit denen auch die Propaganda des NS-Regimes anti-amerikanische und antisemitische Einstellungen schüren wollte.

Wenn Geschichte auch dafür da ist, aus historischen Fehlern Konsequenzen für die Gegenwart zu ziehen, würde dies für die politische Praxis heute bedeuten, eine Überlagerung von sozialen Forderungen mit national-kollektivistischen Vorstellungen zu vermeiden: Der Bezug auf einen homogenen Volkskörper, der in einer bestimmten politischen Manifestation seine einheitlichen Interessen vertreten kann, legt auch heute jene Assoziationen nahe, die in den untersuchten Dokumenten der frühen DDR durchscheinen: Wie jeder andere Organismus kann dieses „Volk“ auch von Krankheiten und Seuchen oder von Parasiten befallen werden – die Konsequenz wäre eine medizinische Behandlung, Reinigung und Homogenisierung des „Volkes“. Dass solche Vorstellungen nicht nur populistisch, sondern auch gefährlich sein können, hat die Geschichte ebenfalls gezeigt.

Eine öffentliche Auseinandersetzung über die nationalen Vorstellungen und ihre Konsequenzen fand innerhalb der DDR weder auf politischer, noch auf kulturell-literarischer Ebene statt. Heute haben die sozialen Bewegungen und die institutionellen Strukturen, die sie unterstützen, ihre Chance noch nicht endgültig vertan, sich diesen unbequemen Fragen zu stellen. Eine Debatte darüber, wie politische und soziale Forderungen massen- und medienwirksam kommuniziert werden können, ohne dabei nationale oder völkische Kollektive zu konstruieren, ist dringend notwendig.